

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017

Band 10

Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

Band 10/110

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 8

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 29. Januar 2016 (x892/...): >>Sloterdijk: "Überrollung, Verwahrlosung, Lügenäther"

Peter Sloterdijk gehört gewiß nicht zu denen, die sich als "rechtsradikal", "nationalkonservativ" oder "rechtspopulistisch" verunglimpfen lassen. Er gehört eher in das linke politische Spektrum in Deutschland. Dennoch sind seine Analysen gesellschaftlicher Entwicklungen nicht selten erhellend. Nachdem verschiedene konservative Intellektuelle der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bereits kritisch beleuchtet haben, hat Sloterdijk jetzt harte Worte gefunden und dabei noch heftiger die gleichgeschalteten deutschen Medien kritisiert.

In der Zeitschrift "Cicero" kritisierte der Philosoph den "Souveränitätsverzichts" Merkels und warnte davor, daß es zu einer "Überrollung Deutschlands" kommen werde, wenn diese Politik nicht geändert werde.

In diesem Zusammenhang sieht Sloterdijk die Arbeit der Medien in Deutschland noch kritischer. Die Medien seien gekauft und im Journalismus trete die "Verwahrlosung" und die "zügellose Parteinahme allzu deutlich hervor". Wo er Recht hat, hat er Recht! Die Rede von der "Lügenpresse" ist nicht aus der Luft gegriffen, und der massive Rückgang der Abozahlen und der Klickraten bei den offiziellen Medien zeigt, daß die Menschen dies begriffen haben. Die Medien haben jegliches Vertrauen verloren. Sloterdijk bemerkt weiter, daß das Bemühen der Medien um Neutralität gering sei, "die angestellten Meinungsäußerer werden für Sichgehen-Lassen bezahlt, und sie nehmen den Job an".

Die Berichterstattung über die Flüchtlingskrise oder die aktuelle Situation in Polen oder über PEGIDA und AfD und in vielen anderen Bereichen zeigt dies. Man muß kein Freund dieser Bewegungen und Parteien sein, aber eine objektive, sachliche und argumentative Berichterstattung sollte man von den Medien schon erwarten dürfen.

Wie nicht anders zu erwarten, schlagen die angegriffenen Medien gleich zurück. Sloterdijk, früher mal ein Liebling der Medien, wird jetzt mit AfD und Pegida in eine Reihe gestellt. Argumente gegen die Behauptungen Sloterdijks findet man weiterhin nicht, es gibt ja auch keine Gegenargumente. Also macht man mit der Verunglimpfung weiter. Die Presse ist Sloterdijk zufolge nicht bloß käuflich, sie lügt auch. "Der Lügenäther ist so dicht wie seit den Tagen des Kalten Krieges nicht mehr". So ist es!

Der Philosoph betont im weiteren Interview die Notwendigkeit der Grenze und des Nationalstaates. Den Nationalstaat hält er für eine beständige Einrichtung, da er das einzige, halbwegs funktionierende politische Großgebilde sei. "Die Europäer werden früher oder später eine effiziente gemeinsame Grenzpolitik entwickeln. Auf die Dauer setzt der territoriale Imperativ sich durch. Es gibt schließlich keine moralische Pflicht zur Selbstzerstörung." <<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 30. Januar 2016 (x892/...): >>Die Zerstörung der großartigen europäischen Vergangenheit

Es ist längst offensichtlich, daß nicht erst seit kurzem die großartige europäische und deutsche Geschichte vergessen gemacht wird. In von Bundesland zu Bundesland verschiedener Intensität werden im Unterricht Informationen über die Leistungen unserer Vorfahren verschwiegen, in Fernseh-"Dokumentationen", die oft genug aus den Vereinigten Staaten von Amerika stammen und / oder drittklassigen Geschichtsprofessoren den großen Auftritt verschaffen, kommen europäische Errungenschaften kaum, deutsche praktisch nie vor. Ein recht neues und in seiner politischen Dimension verräterisches Beispiel kommt (ausgerechnet) aus der Uckermark:

Im Juni 2014 wurde bei Schmölln im Zuge von Bauarbeiten für ein Regenrückhaltebecken ein riesiges Gräberfeld aus der Bronzezeit entdeckt, ein 'Stonehenge der Uckermark'. Über eineinhalb Fußballfelder groß, zeugten die Steine und Gerätschaften von Kulturen, die noch vor dem Bau der ägyptischen Pyramiden den Norden dieses Landes bevölkerten - ein Sensationsfund, dem die Zeitschrift 'Archäologie in Deutschland' eine Doppelseite widmete.

All diese Informationen finden sich in einer Rede des AfD-Vorsitzenden Gauland im brandenburgischen Landtag vom 24. Januar, und leider auch noch mehr: Das Gräberfeld wurde inzwischen weitgehend zerstört und abgeräumt. Der Landesregierung aus SPD und LINKE war offenkundig ein Regenrückhaltebecken wichtiger als der Erhalt einer der größten Gedenkstätten der Bronzezeit, die vermutlich Tausende von Touristen in die Uckermark gelockt hätte.

Erstaunlicherweise berichteten nur ein paar Lokalmedien über diesen unglaublichen Akt der Kulturzerstörung. Keine überregionale Tageszeitung griff das Thema auf, auch nicht SPIEGEL, STERN oder ZEIT in ihren Online-Ausgaben. Und ebenfalls nicht berichtet wurde über die skandalöse Verweigerung der parlamentarischen Debatte: Alle Parteien im brandenburgischen Parlament strichen auf den angekündigten Redebeitrag von Gauland hin ihre vorgeesehenen Vertreter von der Rednerliste. Niemand der Verantwortlichen nahm Stellung, sogar die angeblich oppositionelle CDU schlich sich davon. Selbst denen, die die AfD nicht mögen, liefern solche Verletzungen demokratischer Selbstverständlichkeiten gute Gründe, sie vielleicht gerade deshalb zu wählen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 18. Juli 2016 (x892/...): >>Deutsche Kirche: Und weiter geht's bergab

Die Deutsche Bischofskonferenz hat am 15. Juli die aktuellen Zahlen über Kirchenaustritte, Taufen und Trauungen mitgeteilt. Angesicht dessen, was uns die Modernisten seit Jahrzehnten sagen, müßte die Kirche vor lauter Konversionen und Wachstum bereits in Schwierigkeiten kommen. Denn die Anpassung an die Welt und die "anthropologische Wende", weg von Gott und hin zum Menschen, hat ja angeblich den Zweck, die Menschen wieder zu Christus zu führen. Die Zahlen belegen das Gegenteil und zwar sehr deutlich.

Im Jahr 2015 traten in Deutschland 181.925 Katholiken aus der Kirche aus. Das sind etwa so viele Austritte wie im Jahr, als die schrecklichen Meldungen über den Mißbrauch von Kindern durch katholische Priester bekannt wurden. Im vergangenen Jahr gab es aber kaum noch solche Meldungen.

Statt dessen wurde Papst Franziskus von den Medien bejubelt, er verkündete eine immer weitergehende Auflösung der katholischen Lehre in Moral und Pastoral und veröffentlichte eine in Teilen sozialistische Umweltenzyklika. Von dem, was uns die liberalen und modernistischen Kirchenvertreter immer erzählen, müßte dies doch eigentlich zu einem Aufschwung der Kirche geführt haben. Das genaue Gegenteil ist der Fall.

Natürlich versucht die Bischofskonferenz selbst aus diesen schlimmen Zahlen noch etwas Gutes zu machen. Schließlich sei die katholische Kirche nach wie vor die größte "Religions-

gemeinschaft" in Deutschland mit 23,76 Millionen Mitgliedern und 29 Prozent der Bevölkerung. Das ist trotzdem ein Rückgang um ein halbes Prozent - ein halbes Prozent aller Deutschen. Und hier geht es nicht um die Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Partei. Es geht um das ewige Heil von Menschen: "Kein Heil außerhalb der katholischen Kirche" ist nach wie vor unfehlbare Lehre der Kirche.

Es kommen die üblichen Sprüche des Marxisten: man dürfe in den seelsorgerischen Bemühungen nicht nachlassen, man brauche eine "anspruchsvolle Pastoral" (TOLL!) und man sei ja auch noch immer eine starke Kraft, "deren Botschaft gehört und angenommen wird". Von wem? Der Erzbischof wird gerne zu offiziellen Empfängen eingeladen wo er auch reden darf (und vor allem gut essen darf) und da wird man ihm wohl zuhören.

Noch mehr Zahlen gefällig? Erzbischof Kardinal Marx, der große Vorsitzende der Bischofskonferenz, ist auch stolz. Es gab nämlich mehr Taufen und Trauungen. Sage und schreibe 150 (!!!) Trauungen mehr als 2014. Wenn das kein Erfolg ist.

Leider sank die Zahl der Kirchenbesucher. Aber was soll das schon, man setzt doch auf "Qualität statt Quantität". Die Kirchenbesucherszahl sank von 10,8 auf 10,4 Prozent. Wobei dies nicht die Besucher sind, die, wie nach Kirchengesetz vorgeschrieben, jeden Sonntag die Hl. Messe besuchen, sondern Besucher, die mehr oder weniger "regelmäßig" - was das genau bedeutet sagt man nicht - die Messe besuchen. Übrigens: 1990, im Jahr der Wiedervereinigung, gingen 21,9 Prozent "regelmäßig" zur Messe.

Der Modernismus und Liberalismus sind gescheitert. In zehn Jahren werden die Kirchen vollständig leer sein. Gläubige, die ihren Glauben ernst nehmen, die nicht sich und den Menschen, sondern Gott in den Mittelpunkt stellen, gehen schon jetzt in die wahre Hl. Messe aller Zeiten und suchen die Seelsorge bei Priestern, die sich dem überlieferten Ritus und dem Glauben aller Zeiten verpflichtet fühlen, wie den Priestern der Petrusbruderschaft und vor allem der Piusbruderschaft.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Juli 2016 (x892/...): >>Linke Gewalttaten

Bei rechtsradikalen Gewalttaten berichten die Medien auf allen Kanälen, ausführlich, umfangreich und oft über mehrere Tage. Das ist gut so, denn Gewalt darf nicht zu einem Mittel der politischen Auseinandersetzung werden. Wer Gewalt ausübt, dem fehlen zumeist Argumente. Das gilt aber auch und genauso für linke Gewalt. Doch wenn es zu linken Gewalttaten kommt, zeigen die Medien Verständnis und berichten darüber nur am Rande, wenn überhaupt. Dabei ist die Zahl linker Gewalttaten bei weitem größer, als die Rechtsradikaler. Und dies nicht nur bei Gewalt gegen Sachen, sondern auch bei Gewalttaten gegen Menschen. Professor Klaus Schroeder, Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin hat dazu der TAGESPOST ein Interview gegeben.

Frage: Warum ist dieses Problem, der Linksextremismus, in der Öffentlichkeit so wenig präsent?

Professor Schroeder: Das Problem wird unbewußt verharmlost, weil linke Gewalt gemeinhin als eine gute Gewalt gilt. Als Gewalt für gute Dinge. Die Linken propagieren eine egalitäre Gesellschaft, mehr Gerechtigkeit. Das Kommunisten dies in der Bewegungsphase stets so gemacht haben und wenn sie an der Macht waren, dann das genaue Gegenteil, das gerät aus dem Blick. Man kann in Anführungszeichen sagen: "Die Linken vermarkten ihre Gewalt besser, indem sie diese als gute Gegengewalt zum System darstellen".

Das zweite: In der Öffentlichkeit geht man davon aus: Linke üben Gewalt gegen Sachen aus, Rechte gegen Personen. Wenn man sich aber die Zahlen des Bundeskriminalamtes anschaut, stellen wir fest, daß in den vergangenen Jahren Linke mehr Gewalttaten und auch mehr körperliche Verletzungen gegen Andersdenkende, von ihnen ernannte Feinde, ausgeübt haben, als Rechte.

Insofern ist die linke Gewalt viel ausgeprägter in der Bundesrepublik, als man es öffentlich wahrnehmen kann. Die rechte Gewalt nehmen wir ja Gott sei dank wahr. Die linke Gewalt wollen wir entweder nicht wahrnehmen oder es gibt zu wenig Informationen darüber. Daran tragen linksgestrickte Journalisten eine Mitverantwortung.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. September 2016: >>**Lecks in der Modellfabrik der Zukunft**

Das Energiesparpotential in der Industrie ist enorm, aber nicht alle neuen Ideen sind sofort praxistauglich

Der international erfahrene Energiesicherheitsexperte Manfred Haferburg macht sich keine Illusionen: "Ohne eine billige, zuverlässige und großindustriell nutzbare Speichertechnologie muß die Energiewende scheitern. Und diese Speicher-Technologie ist noch nicht erfunden", konstatierte der Diplomingenieur für Maschinenbau und Kernenergetik auf dem Autorenblog "Die Achse des Guten". Selbst wenn die Sonne öfter schiene und der Wind 364 Tage im Jahr durchwehte, wäre ein Zweitkraftwerkspark mit 100 Prozent Kapazität für die paar Stunden nötig, in denen es windstill und stockdunkel ist: "Sonst bricht das Stromnetz zusammen - es gibt einen Blackout. Das ist der unheilbare Konstruktionsfehler der Energiewende", so Haferburg.

Unrealistisches Energiekonzept?

Doch Haferburgs berechtigte Kritik hat nur eine der beiden Säulen der politisch initiierten Energiewende - die "Erneuerbaren" und die nicht vorhandenen Speicher für Wind- und Sonnenstrom - im Blick. Die andere Säule, die Energieeinsparung, scheint allerdings auch nicht sonderlich tragfähig. Hierzu wäre nicht allein auf einzelne Sparten wie den inzwischen als illusorisch erkannten massenhaften Umstieg auf Elektroautos zu verweisen.

Liest man nämlich aufmerksam die peniblen Effizienzstatistiken der von Verbänden der Energiewirtschaft und Forschungsinstituten getragenen Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGE), sieht es vielmehr insgesamt danach aus, als könnten die Sparziele für 2020, wie sie das von der schwarz-gelben Bundesregierung 2010 vorgelegte Energiekonzept vorgibt, kraß verfehlt werden. Bis 2020 soll demnach der Primärenergieverbrauch um 20 Prozent sinken. 2015 registrierte die AGE hier aber erst sieben Prozent Einsparung. Maximal 10,2 Prozent Reduktion, so filtert der auf Umweltthemen spezialisierte Mainzer Journalist Michael Brüggemann aus derzeit kursierenden Prognosen heraus, ließen sich daher jetzt noch realistischerweise erreichen (Natur, 9/16).

Die "Lücke" von knapp zehn Prozent wäre allerdings in einer Art Aufholjagd wohl annähernd zu schließen, wenn in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen eine höhere Primärenergieeinsparung gelänge. Zumindest nach Berechnungen der öffentlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die Brüggemann zitiert. Der dazu von ihm befragte Fertigungstechniker Alexander Sauer, seit 2015 Leiter des Instituts für Energieeffizienz in der Produktion an der Universität Stuttgart, äußert sich angesichts der überall in deutschen Betrieben "anders gesetzten Prioritäten" indes skeptisch.

Gerade in kleineren und mittleren Betrieben fehle es an Personal, Zeit und Know-how, um energetische Einsparmöglichkeiten zu identifizieren. Das Management kümmere sich in der Regel vordringlich ums operative Geschäft, aber kaum um "schlecht gedämmte Öfen oder Maschinen, zu lange Leitungswege, überdimensionierte Antriebe, Leckagen oder ungenau eingestellte Motoren mit schlechtem Wirkungsgrad". Bislang habe man es daher hingenommen, wenn beispielsweise etwa bei alten, nicht drehzahlgeregelten Kompressoren 95 Prozent der Energie, die zur Erzeugung von Druckluft verbraucht werde, als Abwärme verpuffe. Solcherlei Verschwendung bleibe in vielen Betrieben verborgen, weil sie nur über den Gesamtenergieverbrauch Buch führen, "aber nicht konkret wissen, wo sie was verbrauchen".

Pumpen, Ventilatoren und Kompressoren fressen Strom

Damit sich dieser Mißstand ändert, haben Forscher der TU Darmstadt auf dem dortigen Campus "Die energieeffiziente Modellfabrik der Zukunft" eröffnet. Ziel sei, "verschiedene interdisziplinäre Ansätze zur Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes" bei der industriellen Produktion zu vereinen. Das als "Energieeffizienz-, Technologie- und Anwendungszentrum" (ETA) firmierende Projekt leitet der Darmstädter Wirtschaftsingenieur Martin Beck. Da die Industrie die Hälfte des in Deutschland erzeugten Stroms verbraucht, setzt das ETA an neuralgischen Punkten wie Pumpen, Ventilatoren und Kompressoren an, wo Beck das Einsparpotential als "enorm" einstuft.

So würden in der Autoindustrie häufig überdimensionierte Pumpen verwendet, die Bauteile spülen und dabei für kleine Teile exakt so viel Wasser liefern wie für große. In der Halle seiner Pilot-Fabrik führt Beck Brüggemann hingegen vor, wie sich ein typischer Prozeß der metallverarbeitenden Industrie aus Drehen, Bohren, Reinigen und Montieren optimieren und Leerlaufverluste sich soweit reduzieren lassen, daß gestopfte "Energielecks" um bis zu 70 Prozent Strom sparen.

Beck und seine Mannschaft legen die Latte indes höher. Ihr ETA ist als Vorbild für die "Industrie 4.0" gedacht, wo Maschinen, Anlagen und Produkte so "intelligent vernetzt" sein sollen, daß sie sich untereinander abstimmen. Perfektionieren lasse sich diese Idealfabrik schließlich durch eine auf Energieeinsparung gedrillte Gebäudeplanung - was sich aber erst weit nach 2020 auswirke.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Oktober 2016 (x892/...): >>**Heiko Maas und die Ideologisierung deutscher Politik**

Heiko Maas "ist ein Justizminister, dem die Justiz fremd ist" schrieb die Süddeutsche Zeitung zu seiner Amtseinführung. Der deutsche Justizminister ist ein linksradikaler Ideologe, der nicht einen Monat seines Lebens als Jurist gearbeitet hat. Ein schneller Aufstieg bei den Jusos, anschließend im saarländischen Landtag, dann Minister im Saarland usw.

Trotz dreimaliger Kandidatur als Spitzenkandidat im Saarland konnte er die Wahlen nie gewinnen. Dann wurde er Justizminister und sieht seine vornehmste Aufgabe seither im "Kampf gegen Rechts" mit Bespitzelung und Unterstützung durch Linksradikale. Wenn die Medien an ihn herantreten, läßt er keine Gelegenheit aus, gegen die AfD zu polemisieren. Früher verhielten sich Justizminister neutral. Mass ist ein Symbol für die linke Ideologisierung der Politik: DDR 2.0.

"Maas ist kein Rechtstheoretiker, kein Intellektueller, kein gebildeter Mensch. In seinem Kopf ist noch nie ein originärer Gedanke vorstellig geworden", schreibt das ef-Magazin (ef 167, 24). Ihm geht es um Ideologie, nicht um Recht oder um Gerechtigkeit. Alles was seiner Ideologie nicht entspricht, wird plattgemacht.

Mit Hilfe der linksradikalen Amadeu-Antonio-Stiftung und ihrer Vorstandsvorsitzenden, einer ehemaligen Stasi-Spitzel, die ihre Arbeit nun in der DDR 2.0 fortsetzen kann, werden Facebookseiten und andere Internetportale zensiert und gesperrt. Das Internetportal der Linksterroristen und der roten SA-Truppen - Indymedia - hingegen, das fast täglich Aufrufe zu Gewalt veröffentlicht und auf dem Bekennerschreiben von Linksterroristen erscheinen, bleibt völlig unbehelligt und kann seine verfassungsfeindliche und terroristische Tätigkeit in aller Ruhe fortsetzen.

Eine weitere Methode des Bundesjustizministers besteht darin, Personen und Organisationen von "Rechts", einschließlich Konservativer, die sich kritisch mit der "alternativlosen" Politik der Regierung auseinandersetzen und nachweisen, daß diese Politik gegen geltendes Recht verstößt, zu unterstellen, sie seien selbst schuld, wenn sie von Linksterroristen angegriffen werden. Aufgabe eines Justizministers wäre es, zumindest zu prüfen, ob tatsächlich ein Rechtsbruch vorliegt.

In Deutschland ist das anders. "Nicht der permanente Rechtsbruch der Bundesregierung, nein

die Kritiker dieses Rechtsbruchs sind für den Schlamassel verantwortlich. 'Auch ein juristischer Diskurs' statuiert der Obertan, 'kann entgleiten und zur geistigen Brandstiftung beitragen.'" Michael Klonovsky im ef-magazin 167, S. 26). So wurde auch in der DDR "argumentiert".

Gleichzeitig gehören diese Leute zu den lautesten Krakeelern, wenn es darum geht, Ungarn, Rußland, Polen oder andere Länder zu unterstellen, daß dort die Demokratie ausgehöhlt und untergraben wird. Im Vergleich zu Deutschland sind z.B. Ungarn und Polen höchstdemokratische Länder.

Wie schreibt das ef-Magazin ganz zutreffend am Ende eines Beitrags über Heiko Maas: "Ein separates Recht gegen Dunkeldeutsche, ein separates Recht gegen Wohlhabende, ein Freibrief für die Antifa - Heiko Maas ist Deutschlands erster linksextremer Justizminister seit Hilde Benjamin."<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. November 2016 (x892/...): >>**Religionsfreiheit auf BRD-Art**

Der vierte Artikel des Grundgesetzes für die BRD lautet: "Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."

Nun sollte man meinen, daß dieser Artikel und alles, was er mit sich bringt, auch für alle gelte.

Dem ist anscheinend nicht so.

Ebersberg ist ein kleiner Ort bei München. Jedes Jahr besichtigten dort die Schüler der dritten Klasse der örtlichen Grundschule die Kirche des Ortes. In diesem Jahr hat der Schulleiter die Besichtigung untersagt: es sei nicht zulässig, nicht-katholischen Schülern diese Besichtigung zuzumuten.

Praktisch zeitgleich wurde (der Fall machte Schlagzeilen) in Rendsburg bei Kiel Eltern zu einer Strafe von 300 € verurteilt, weil sie sich wägerten, ihr Kind eine Moschee besichtigen zu lassen, in der mohammedanische Gebetspraktiken geübt werden sollten. Bekannt ist auch der Fall einer Lehrerin in Österreich, welche die ihr anvertrauten Kinder veranlaßte, das mohammedanische Glaubensbekenntnis zu sprechen.

Manchmal verdichten sich in wenigen Meldungen Tendenzen und Entwicklungen so stark, daß es einer Menge Chuzpe bedarf, diese zu leugnen.<<

Die Wochenzeitung Haß "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. November 2016 (x887/...): >>**Der von oben**

Trump-Wahl: Gift und Galle gegen die Entscheidung des Volkes

Die Antwort deutscher Politiker und Medien auf die Wahl von Donald Trump wirft ein dunkles Licht auf unsere Republik.

Die Reaktionen der deutschen Politik und der allermeisten Medien des Landes auf den Ausgang der US-Präsidentenwahl sprechen ein vernichtendes Urteil über den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik. Der Sieg Donald Trumps wird nahezu einhellig wie ein unerhörter Skandal verhandelt. Der Gedanke, daß es in der Demokratie ein normaler Vorgang ist, daß auch die "anderen" gewinnen können, scheint den Tonangebern in Politik und Medien, die sich in allen wesentlichen Fragen zum Verwechseln ähnlich geworden sind, unerträglich zu sein.

Das läßt nur den Schluß zu, daß demokratisches Denken in den Kreisen der politisch-medialen "Elite" weitaus weniger verwurzelt ist, als dort gern behauptet wird. Die brüchige demokratische Tradition Deutschlands zeigt sich erheblich weniger stabil, als man lange Zeit hoffen mochte. Aber ist das wirklich eine Überraschung? Drohende Vorboten gab es genug

für den nun offenkundig gewordenen Verfall.

Allein die Art, in welcher der Begriff "Demokrat" vor allem in jüngster Vergangenheit verwendet wurde, spricht Bände. "Demokrat" war, wer zu bestimmten Fragen wie Einwanderung, Klima- und Energiepolitik, "Weltgemeinschaft" contra Nationalstaat, "Gender" oder Euro eine ganz bestimmte, linksgrüne oder globalistische Auffassung vertrat. Wer dies nicht tat, stellte sich "außerhalb der Gemeinschaft der Demokraten", so die absurde Losung. Doch wer den Begriff des Demokraten derart verbiegt, pervertiert ihn und, schlimmer, er wendet ihn gegen dessen eigentliche Bedeutung. Denn Demokrat ist eben derjenige, der die abweichende Meinung toleriert, statt sie als unerträglich gleichsam moralisch zu kriminalisieren.

Das Wissen um diese grundlegende Tatsache scheint im größten Teil der politisch-medialen "Elite" abhanden gekommen zu sein. In den USA hat die Gegenbewegung gegen diese anmaßende, in geistiger Inzucht verödete "Elite" ihren bisherigen historischen Höhepunkt erklommen. Der "Brexit" wurde in seiner Wirkung hier noch übertroffen, überall in Europa sind Bürgerbewegungen gegen jene intoleranten und blasierten "Eliten" auf dem Vormarsch, was immer man von ihren einzelnen Repräsentanten und Ausprägungen auch halten mag.

Wie aber werden die bundesdeutschen "Eliten" antworten, wenn auch ihnen eine derartige Bewegung zur ernststen Gefahr wird? Parolen wie "Pack", "Schande" und Ähnliches, die kübelweise über Protestgruppen in Deutschland ausgeschüttet wurden, lassen Böses ahnen. Abweichungen vom grünlinken, multikulturell-globalistischen Strom entzünden bei den Mächtigen in der Republik augenscheinlich einen Haß, der sie zu allem Möglichen motivieren könnte. Deutschland stehen ruppige Zeiten bevor.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 2016 (x887/...): >>>Korrekturversagen

Knapp ein Jahr ist es her, daß der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio der "Willkommens"-Politik der Kanzlerin in einem Gutachten faktisch fortdauernden Rechtsbruch bescheinigt und die Wiederherstellung der Grenzsicherung als Verfassungspflicht dargelegt hat.

Michael Bertrams, früherer Präsident des Verfassungsgerichtshofs für Nordrhein-Westfalen, hatte zur selben Zeit die Grenzöffnung im Alleingang als "Akt der Selbstermächtigung", Kompetenzüberschreitung und möglichen Verfassungsbruch klar beim Namen genannt. Und der Ex-Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier konstatierte vor Jahresfrist ein "eklatantes Politikversagen" und eine in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik nie dagewesene "Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit".

Konsequenzen hatte das so gut wie keine. Die Bundesregierung tut so, als wäre mit verstärkten Grenzkontrollen und symbolischen Zurückweisungen wieder alles in Ordnung. Dabei geht die illegale Einwanderung unter Mißbrauch des Asylrechts auf hohem Niveau einfach weiter, die Schlupflöcher sind offensichtlich noch lange nicht gestopft. Die CSU-Forderung nach einer "Obergrenze" für die freiwillige Aufnahme nicht-asylberechtigter Personen, deren Berechtigung Di Fabio gerade erst wieder bekräftigt hat, ist ein Popanz geblieben, der nach Bedarf aus der Kiste geholt und wieder verstaut wird.

Jetzt sind die Bürger dran

Auf den Rücktritt der Kanzlerin warten die Bürger, deren Alltag sich als Folge des von ihr verantworteten Kontrollverlusts in einen permanenten Ausnahmezustand verwandelt, nach wie vor vergebens. Während die Zahl der Toten, der körperlich und seelisch Traumatisierten, die zumindest indirekt auf das Konto ihrer in der Substanz bis heute nicht korrigierten Politik der offenen Tür gehen, weiter steigt, während anstelle der geöffneten Grenzen Innenstädte, öffentliche Räume und Veranstaltungsorte sich in Festungen und Hochsicherheitstrakte verwandeln, strebt sie ungerührt eine vierte Amtszeit an.

Die CSU, die das Di-Fabio-Gutachten einst in Auftrag gegeben hatte, hat sie mit als erste auf

den Schild gehoben. Die Korrekturmechanismen des politischen Systems haben bislang offenkundig versagt. Eine Kanzlerin, die trotz des angerichteten Unheils weder selbst zurücktritt noch zur Abdankung gezwungen wird, muß abgewählt werden. Jetzt sind die Bürger dran: Auch deshalb ist 2017 das Jahr der Entscheidung.<<

Bilanzierung und Bewertung der Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengepässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

In Leipzig duldete die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündete am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

Ein Journalist berichtete damals über die Nacht vom 9./10. November 1989 in Berlin (x303/-170): >>Bald wird die Grenze geöffnet. Das passiert kurz nach Mitternacht. Die ersten DDR'ler kommen zu Fuß, viele sind verwirrt, sagen: "Hoffentlich kann ich auch wieder zurück ..."

Durch ein Gatter drängen sie in den Westen, bejubelt von der wartenden Menge. Sie werden umarmt und mit Sekt übergossen. ...

Wir versuchen zum Brandenburger Tor zu kommen. Es ist etwa 3 Uhr (nachts). Das Tor ist grell erleuchtet – von den Scheinwerfern der TV-Teams.

Auf der Mauer stehen die Leute dicht an dicht. "Das Geilste von allem war", schreit jemand, "wie wir vorhin durchs Brandenburger Tor jeloofen sind – ick hab det Ding sogar anjefaßt".

...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den Zusammenbruch der DDR und die friedliche deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1990 (x283/246-248): >>... Als

der wachsende Schuldenberg die Aussicht auf den Staatsbankrott für 1991 erkennen ließ, bot der Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski am 6. November 1989 der Bundesregierung an, für eine weitere Zusage von 12 bis 13 Milliarden D-Mark die Berliner Mauer zu öffnen. Dies wurde verweigert. Drei Tage später fiel die Mauer ohne einen weiteren Heller Bruderhilfe. ...

Die wachsende Verschuldung der DDR führt zu der Frage, ob das System ohne die wiederholten Kredite vom Klassenfeind nicht schon vorher zusammengebrochen wäre.

Umgekehrt wüßte man gern, was den Arbeiter- und Bauernstaat hätte retten können. Da ist guter Rat teuer. ... Jede Reform hätte das System weiter unterhöhlt. Je mehr Freiheiten gewährt worden wären, desto mehr wären gefordert worden. Was immer das Regime tat, war falsch, weil es selbst falsch war, so falsch wie die Wahlergebnisse, auf die es sich stützte. Als

dann Gorbatschow Glasnost und Perestroika ausrief und der gesamte sozialistische Ostblock ins Wanken geriet, entfiel auch die Existenzgrundlage für den SED-Staat.

Unklar bis zuletzt blieb, ob das Regime kampfflos abtreten würde. ... Höhepunkt der Spannung war die Montagsdemonstration um die Leipziger Nikolaikirche am 9. Oktober 1989. 8.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee hatten die Altstadt umstellt. Für die Krankenhäuser waren Sonderschichten angeordnet, die Blutkonserven aufgestockt, die Kühlräume der Schlachthäuser für die erwarteten Leichen freigeräumt. Das "Neue Deutschland" hatte das Vorgehen der chinesischen Ordnungskräfte gegen die Konterrevolutionäre auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit seinen Aberhunderten von Toten beifällig kommentiert. War in Leipzig nicht ein Gleiches zu erwarten?

... Das Blutbad an der Nikolaikirche unterblieb. Was hätte es auch genützt? Den Bruch mit Bonn und eine Verzögerung des Endes mit sinnlosen Opfern! Deren gab es doch wahrlich schon genug. Moskau hatte den Herren vom Staatsrat die militärische Unterstützung entzogen. Tief enttäuscht waren sie nun klug genug, es nicht zum Äußersten kommen zu lassen. Sie gaben zwar nicht freiwillig, aber kampfflos auf, was auch gewaltsam nicht auf Dauer zu halten gewesen wäre. Durch das, was damals nicht geschah, war Leipzig eine Sternstunde. ...<<

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 19. März 1990 über die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR (x303/173): >>... Kohl hat sich im Wahlkampf für den Anschluß, für die Teilhabe der DDR-Bürger am westlichen Wohlstand, für das Versprechen von der Erlösung vom Dasein eines Deutschen zweiter Klasse verbürgt.

Eine Mehrheit der DDR-Wähler wollte Gleichheit jetzt – und sei es nur als Garantie von materiellen Symbolen der Gleichheit.<<

Der deutsche Schriftsteller Günter Grass (1927-2015, erhielt 1999 den Nobelpreis für Literatur) erklärte am 19. Mai 1990 zur geplanten Wiedervereinigung Deutschlands (x303/173): >>... Mein erster Eindruck ist der, daß in Ermangelung eines weiterreichenden Gedankens die D-Mark der zentrale Begriff geworden ist. ...

Der Ruf nach Freiheit ist durch eine Art von DM-Freiheit und Konsumfreiheit ersetzt worden. Die absurdeste Koppelung habe ich in der DDR auf einem Plakat gelesen: Freiheit ist Leistung – dümmere habe ich das Wort Freiheit noch nie interpretiert gesehen.<<

Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine Entschließung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-Neiße-Linie) verabschiedet.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-Neiße-Linie" (x160/12): >>... Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"

Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<

Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der Entschließung über die deutsch-polnische Grenze zu.

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum

Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlusddokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1991: >>>**Aufbauhilfe für den Osten**

Westdeutschland hat in diesem Jahr rund 12 Milliarden Mark nach Ostdeutschland transferiert. ...<<

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 29. August 1992: >>>**Die Wismut – der drittgrößte Strahlenschaden der Geschichte**

Radioaktive Abfälle der Uranproduktion bleiben Milliarden Jahre gefährlich

Die ehemalige DDR war einer der größten Uranproduzenten der Welt. Das ist inzwischen bekannt. Welche Schäden dieser jahrzehntelange Raubbau an der Natur verursacht hat und welchen Gefahren die Bewohner der Wismut-Region ausgesetzt sind, wird jetzt erst langsam offensichtlich. ...

Die Sanierung der gesamten Wismut-Region wird bis ins nächste Jahrtausend dauern. Expertenschätzungen zu den Kosten haben sich bei rund 15 Milliarden Mark eingependelt. Zur Zeit wird neben zaghaften Sanierungsversuchen, erst einmal festgestellt, welche Flächen überhaupt belastet sind. Die Wismut hat bereits Teile eines Umweltkatasters für ihre Flächen vorgestellt. Das Bundesamt für Strahlenschutz erarbeitet ein Altlastenkataster für Flächen, die seit 1962 nicht mehr zur Wismut gehören. Dafür steht 1992 gerade eine Million Mark zur Verfügung. Unabhängig von diesen Meßergebnissen sehen Arbeitsmediziner schon heute die Wismut-Region, was die Zahl der Geschädigten angeht, nach Hiroshima und Tschernobyl als den dritten Strahlenschaden der Welt.<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 20. Januar 1993: >>>**6,8 Milliarden weg**

Die Bundesregierung bringt ein neues Gesetz auf den Weg, das Verfolgung und Betrug bei der Währungsunion vereinfacht. Ermittlungen laufen gegen 10.000 Firmen und Bürger: DDR-Guthaben z.B. über DDR-Strohänner 2:1 statt der erlaubten 3:1 in Mark getauscht zu haben. Schaden: mindestens 6,8 Milliarden DM.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. August 1994: >>>**"Russen hinterlassen teure Altlasten"**

Die Beseitigung der von den russischen Truppen in Deutschland hinterlassenen Altlasten wird nach Ansicht des Umweltbundesamtes Kosten in Milliardenhöhe verursachen. ... Auf den bisher untersuchten 925 geräumten Liegenschaften seien 27.000 ökologisch belastete Verdachtsflächen gefunden worden. Auf mehr als 3.000 Flächen seien Sofortmaßnahmen erforderlich, um akute Gefahren für Menschen zu verhindern. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. September 1994: >>>**Die Russen**

gehen

... 49 Jahre nach dem Einmarsch der Roten Armee verlassen die Russen Berlin. ...

Respekt verlangt vor allem der fast reibungslose Ablauf der neben dem Golfkrieg größten Militäroperation der vergangenen Jahre. Mehr als 500.000 Menschen und 5.000 Panzer wurden ohne größere Zwischenfälle abgezogen.

... Tatsächlich hat Bonn das Entgegenkommen Moskaus großzügig belohnt: Mehr als 14 Milliarden Mark flossen seit 1990 nach Osten, ohne das immer genau klar wurde, wo das Geld landete. Immerhin wurden auch Wohnungen für die heimkehrenden Soldaten gebaut. Nun fürchtet Moskau, seinen letzten Trumpf ausgespielt zu haben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die deutsche Großzügigkeiten gegenüber Osteuropa (x268/216): >>An die Staaten des ehemaligen Ostblocks sind aus der Bundeskasse nach der Wiedervereinigung über 150 Milliarden Mark geflossen, dafür über 100 Milliarden an Rußland und die anderen GUS-Staaten. Trotz einer bedrohlichen Staatsverschuldung haben die deutschen Politiker immer noch die Spendierhosen an:

Im April 2002 erließ Berlin 4,5 Milliarden Euro russischer Schulden aus dem DDR-Handel, und seit 2003 beteiligt es sich mit bis zu 1,5 Milliarden an der Entsorgung russischer Atom-U-Boote. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. ...

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger (1920-2002, 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion) schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>"**Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**

Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Diese Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. ...

Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...

"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...

Die Angehörigen meines Jahrgangs (1920) konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!

Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.

"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2000: >>"Elf-Konzern schmierte deutsche Politiker"

Mehr als 105 Personen, darunter mindestens 2 hochrangige deutsche Politiker, sind 1992 nach einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" aus schwarzen Kassen des französischen Ölkonzerns Elf Aquitaine finanziert worden. Unter den Begünstigten sollen der Zeitung zufolge auch der ehemalige FDP-Wirtschaftsminister Hans Friedrichs und die frühere Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium, Agnes Hürland-Büning, gewesen sein. Die Zahlungen seien alle im Zusammenhang mit den Verkaufsverhandlungen zwischen Elf Aquitaine und der ostdeutschen Leuna-Raffinerie erfolgt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. April 2004 (x887/...): >>"Auf dem Weg zu einer "DDR light"?"

Der im Oktober 2003 verstorbene Soziologe Erwin K. Scheuch hatte noch wenige Tage vor seinem Tod in einem Zeitungsinterview davon gesprochen, daß "in der SPD den Linksextremen die Kultur 'zum Fraß vorgeworfen' wird, weil man damit hofft, Handlungsspielraum für die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gewinnen". Der "Antifaschismus" werde benutzt als "Ablenkungsmanöver für die Linken", damit man "wirtschaftlich und sozial 'rechte' Politik machen" könne. ...

Instrumentalisierter Antifaschismus war schon als Aushängeschild und Drohgebärde unverzichtbar für das DDR-Regime. Sind nun im wiedervereinigten Deutschland an die Stelle der im SED-Staat alles beherrschenden "Sieger der Geschichte" heute die fast ebenso einflußreichen "politisch korrekten" Gutmenschen getreten? ...

Wer heute eine "rechte" Position bekämpft, muß sich - ebenso wie dereinst in der DDR - damit nicht inhaltlich auseinandergesetzt haben, braucht weder Sekundärliteratur noch Quellen, sondern muß nur allgemeines Einverständnis mit den "Anständigen" und "Gutwilligen", nur seine "Betroffenheit" signalisieren. Im Unterschied allerdings zu den Zeiten der organisierten

Antifa-Aufmärsche der SED-Ära geschieht heute die fröhliche Hatz auf "Rechte" völlig freiwillig. ...

Ist es nicht die angeblich faschistische Polizei der "restaurativen" 50er und 60er Jahre, der "Bullenstaat" unter Adenauer, Erhard und Kiesinger gewesen, als man mit ach so brutaler Gewalt gegen KPD- und 68er APO-Aufmärsche vorgegangen war? Heute kritisieren die Antifa-Helden von damals die Polizei, weil sie vermeintlich nicht hart genug gegen den "Terror von rechts" vorgeht. Aber "Bullenklatschen" kann man natürlich mit "Zeckenklatschen" ebenso wenig vergleichen wie Kommunismus und Nationalsozialismus; Molotowcocktails bei NPD-Chaoten sind eben etwas ganz anderes als bei Antifa-Chaoten.

Jedem im konservativen Lager Stehenden hätte eine gewalttätige Vergangenheit wie die des Joschka Fischer politisch das Genick gebrochen. Ideologische Jugendsünden werden eben nur dann verziehen, wenn sie aus der linken Ecke kamen. Sympathisantentum ist nur dann "in", wenn es Marx und Lenin, Mao und Ho Chi Minh galt.

Argumente, daß Grenzen zwischen Opfern und Tätern oft fließend seien (besonders in Diktaturen), daß man alles in seiner historischen Bedingtheit sehen müsse und jeder ein Kind seiner Zeit und seiner Umwelt sei und daß deshalb Pauschalisierungen stets problematisch seien - solche Argumente kann sich zwar jeder Russe zugute halten bezüglich der sieben Jahrzehnte unter Lenin, Stalin, Breschnew und Konsorten, sie gelten jedoch nicht für die Deutschen im 21. Jahrhundert bezüglich der zwölf Jahre des Tausendjährigen Reiches.

Deshalb muß noch immer "bewältigt" werden, müssen wir auch fast sechs Jahrzehnte nach Kriegsende noch immer die potentiellen "willigen Vollstrecker" (à la Goldhagen) den braunen "Gröfaz" als TV-Serien-Monster zur Abschreckung vorgeführt bekommen - und sei es bis zum Erbrechen! Unter der "Moralkeule" (Martin Walser) des Holocaust muß sich jede neue Generation immer wieder erneut als (Erbsünde-)verdammtes Volk fühlen.

Kann es da noch verwundern, daß auch die CDU/CSU - unter dem permanenten medialen Druck stehend, die letzten "alten Zöpfe" doch endlich abzuschneiden und endlich "moderner" zu werden - in panischer Angst lebt, in den Verdacht des "Rechtsextremismus" zu geraten, und immer "zeitgeistschnittiger" wird? Nachdem die Parteiführung in der Abtreibungsdebatte schon längst die Segel gestrichen hat, läßt sie nun auch die Homo-Ehe unangetastet, schreibt klammheimlich das christliche Ehe- und Familienbild ab, akzeptiert Deutschland als Einwanderungsland.

Typisch insbesondere ihr Umgang mit Parteifreunden wie Philipp Jenninger, Steffen Heitmann oder Martin Hohmann, aber auch die von ihr selbst angeregten und schnell wieder abgewürgten Debatten über Doppelstaatsbürgerschaft, Leitkultur oder Patriotismus. Bei all dem folgt sie nicht nur den Vorgaben des linken Medienkartells, sondern auch den beiden Kirchen, die "mit heraushängender Zunge atemlos japsend der Zeit hinterherlaufen", wie seinerzeit schon Kurt Tucholsky erkannte.

Der englische Bestseller-Autor Frederick Forsythe schrieb hierüber im Juni 2000 einen Brief an den CDU-Politiker Erwin Teufel. Forsythe nannte die "Political Correctness" in Deutschland eine "neue und absurde Religion, die die Herrschaft in Ihrem Vaterland, Herr Ministerpräsident, übernommen zu haben scheint".

Und an anderer Stelle: "Ein bedeutender britischer Konservativer sagte einst zu einem politischen Gegner: 'Mein Herr, ich lehne alles ab, was Sie sagen, aber ich würde bis zum Tode für Ihr Recht kämpfen, es sagen zu dürfen.'

Die PC-Fanatiker haben das ins Gegenteil verkehrt: 'Ich lehne alles ab, was Sie sagen, und ich werde bis zu Ihrem beruflichen und politischen Tod kämpfen, wenn Sie auch nur versuchen sollten, es zu sagen.'

Das ist, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, der Grund, warum ich heutzutage beunruhigt bin, wenn ich nach Deutschland komme. Statt lebendiger und offener Debatte gibt es hier nur

Friedhofsruhe."

Kann es da noch verwundern, daß manche schon davon sprechen, die Bundesrepublik des 21. Jahrhunderts nähere sich einer "DDR light" an?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Dezember 2005 (x887/...): >>Vom Wirtschaftswunderland zum Privilegienverwalter

... In Deutschland wird das Problem der Arbeitslosigkeit durch die laxen Immigrationspolitik zusätzlich verschlimmert. Es wurden und werden genau solche Ausländer aus Osteuropa, der Türkei, dem Nahen Osten und Afrika ins Land gelassen, die dank ihrer fehlenden Qualifikation keine Chance auf dem immer anspruchsvoller werdenden Arbeitsmarkt haben und bald der Sozialhilfe anheim fallen. ...

In Deutschland sind mittlerweile 42 Prozent der Erwachsenen Begünstigte des Sozialstaats: als Rentner, Pensionäre, Arbeitslose, Umschüler, Studenten, Sozialhilfe- und Wohngeldbezieher. In Mitteldeutschland ist es schon die Mehrheit. Berücksichtigt man noch den Anteil von zwölf Prozent Staatsdienern, deren Produktivität nicht meßbar ist, sowie Berufsstände wie die Landwirtschaft und den Kohlebergbau, deren Subventionierung ihre Wertschöpfung übertrifft, dann finanziert eine ständig weiter schrumpfende Minderheit von 30 bis 40 Prozent Leistungsträgern den gesamten Sozial- und Subventionstransfer.

Volksparteien, die eine Wählermehrheit ansprechen wollen, haben mittlerweile die unproduktiven Transferempfänger und die einflußreichen Wohlfahrtsverbände als Profiteure des Systems als Hauptklientel. Der letzte Bundestagswahlkampf und das aktuelle Regierungsprogramm der Steuererhöhungen beweisen dies nur allzu deutlich.

Dringend nötige Strukturreformen des Arbeitsmarktes wie das Ende der Flächentarifverträge, eine Reduzierung der Sozialhilfen (die die weniger Qualifizierten wieder dem Arbeitsmarkt zuführen würde), die Lockerung des Kündigungsschutzes und die Senkung der Lohnnebenkosten finden deshalb nicht statt.

Während die öffentliche Infrastruktur und die Städte verwaisten, werden die für ihre Sanierung nötigen Mittel dafür ausgegeben, daß Millionen Arbeitsfähige und potentiell Leistungswillige nichts tun. ...<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 9. Dezember 2010: >>Transparency-Umfrage

Deutsche halten ihre Parteien für zutiefst korrupt

Die Deutschen haben keine gute Meinung von ihren Parteien. Im Gegenteil: Sie halten sie für tief verstrickt in Korruption und Lobbyismus. Justiz und Polizei genießen dagegen in der Bevölkerung höchstes Vertrauen, wie eine am Donnerstag veröffentlichte Umfrage von Transparency International (TI) ergab.

Im internationalen Vergleich schnitt Deutschland gut ab. Während weltweit jeder vierte Befragte angab, in den letzten zwölf Monaten Schmiergeld bezahlt zu haben, waren es in hierzulande zwei Prozent.

Auf einer Skala von eins (nicht korrupt) bis fünf (höchst korrupt) kamen die Parteien lediglich auf die Note 3,7. Das ist der schlechteste Wert aller Sektoren, zu denen TI rund 1.000 Deutsche repräsentativ befragt hatte. Die Privatwirtschaft schnitt mit der Note 3,3 ab, der öffentliche Sektor mit 3,2 und die Medien mit einer glatten drei. Die Spitzenplätze belegten Bildungseinrichtungen und Polizei mit 2,3 und die Justiz (2,4).

Für die Parteien sei die Umfrage ein Warnsignal, sagte die Vorsitzende von Transparency Deutschland, Edda Müller. Bei der Benotung hätten die Bürger sicher die Mehrwertsteuersenkung für Hotels und die Spende aus der Hotelbranche an die FDP im Hinterkopf gehabt. Auch die Verlängerung der AKW-Laufzeiten könnte eine Rolle gespielt haben. Insgesamt werde nicht zwischen Korruption und bestimmten Formen von Lobbyismus unterschieden.

"Die Parteien laufen immer mehr Gefahr, das Vertrauen und die Unterstützung ihrer Wähler

zu verspielen", warnte Müller. So müßten endlich klare Regeln für Parteisponsoring eingeführt werden. TI fordert unter anderem, daß Sachunterstützungen, etwa bei Parteitagen, wie Parteispenden veröffentlicht werden müssen.

Insgesamt sieht TI hierzulande bei der Korruptionsbekämpfung Fortschritte. Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gebe es bereits in neun Bundesländern, notwendig sei nun eine flächendeckende Einrichtung solcher Sondereinheiten.

"Dies schulden wir nicht zuletzt den integren Unternehmen, die sich im Wettbewerb gegen die unlautere Vorteilsbeschaffung durch Korruption behaupten müssen", sagte Müller. In der Industrie sieht TI nach der Korruptionsaffäre bei Siemens ebenfalls positive Tendenzen. So gebe es immer mehr Anti-Korruptions-Beauftragte.

Der Bevölkerung scheint das allerdings nicht zu reichen. In der Umfrage gaben siebzig Prozent der Deutschen an, ihrer Meinung nach habe die Korruption in den vergangenen drei Jahren zugenommen. International liegt dieser Wert nur bei 60 Prozent.

Für die Umfrage hatte TI 91.000 Menschen in 86 Staaten befragt. In Europa und Nordamerika gaben 73 beziehungsweise 67 Prozent an, daß die Menschen in den vergangenen drei Jahren empfänglicher für Bestechlichkeit geworden seien. Sieben von zehn Befragten sagten, sie würden Korruptionsfälle anzeigen. Nach Einschätzung von TI beeinflußt auf beiden Kontinenten noch immer die Finanzkrise die Meinungsbildung der Bevölkerung.

Die EU-Kommissarin für Innenpolitik, Cecilia Malmström, kündigte an, den Kampf gegen Korruption in Europa zu verstärken. "Die Maßnahmen, die bis jetzt in der EU ergriffen wurden, haben noch keine überzeugenden Ergebnisse gebracht", sagte sie der "Welt". Deutliches Zeichen dafür sei, daß eine Mehrheit der EU-Bürger glaube, daß es in den Verwaltungen ihrer Länder Korruption gebe.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. August 2012: >>**Der Politikstil der Kanzlerin**

Das System M

Mit Angela Merkel kam die Relativierung von Werten in die Politik. Ihre Führung lebt von den Mißverständnissen, die über sie in Umlauf sind. So arbeitet sie am Zerfall der Demokratie.

... Von Gertrud Höhler

Niemand unter den Tätern, die Europa durch Rechtsbrüche und Verfassungsverstöße retten wollen, bringt für diese lautlose Sprengung der Pfeiler, auf denen Europa und seine Staaten ruhen, eine so natürliche Qualifikation mit wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. Die Ironie der Geschichte machte sie genau deshalb zur "Königin von Europa", weil ihre Unbefangtheit beim Abbruchunternehmen Euro-Rettung von den beklommenen Vollstreckern als Überlegenheit erlebt wird.

"Die Werte der anderen" haben für die deutsche Chefin keinerlei Verbindlichkeit. So wird die Kanzlerin zur Protagonistin in einem dämonischen Spiel, das die "Rettung Europas" zu einem absurden Preis auslobt: alle Spielregeln zu brechen, die den Geist von Europa garantieren. Die Stabilität des Kontinents wird nur noch über Geldwerte definiert. Der Irrtum am Start der Währungsunion wird damit wieder handlungsleitend; das geheime Motto lautet: Wir kaufen Europa.

Die Kanzlerin hat mit einer Rechtzeitigkeit die Szene betreten, die wir Zufall nennen können. Ob ohne diese unbeschwerte "gute Patin von Europa" ("Bild" am 28. Oktober 2011) die deutsche Politik und ihre Dominanz im europäischen Projekt genauso aussähe, darf bezweifelt werden. "Führung", wie die Kanzlerin sie praktiziert, ist ein zuverlässig codiertes Undercover-Stück, das von den Mißverständnissen der Beobachter lebt. Jahrelang hat die Presse sich mit der Frage beschäftigt, ob sie besonders gut oder eher schlecht oder vielleicht gar nicht führt. In Wahrheit hat Merkel ein autokratisches System entwickelt, das von den Vorurteilen der Beob-

achter profitiert: Autoritäres Schweigen ist in diesen Vorurteilen nicht verzeichnet. Genau das praktiziert die Kanzlerin mit wachsendem Erfolg.

Eine spezielle Variante von Hypermoral

Angela Merkel hat von Anfang an diese Blockade in den Sehgewohnheiten der Westler ausgelöst. Da sie ihr wertereentleertes Erfolgskonzept nicht aggressiv vortrug, sondern ganz entspannt "dabei hatte", wirkte sie eher exotisch, wie von sehr weit her gekommen, als feindlich. Es dauerte Jahre, bis ihr Relativismus von einigen Wegbegleitern verstanden wurde. Die Blockade in den Köpfen der Kollegen beruhte auf Wunschdenken: Relativieren, das konnten sie alle bis zu dem Verbotsschild, das bei Werten und Normen auftrug: Pacta sunt servanda, stand da. Rechtsbruch als Privileg der Regierung: auf keinen Fall. Vertrauensbruch, geschredderte Versprechen, Täuschungsmanöver mit Wertezitaten, Mißbrauch von Ethik und Moral zur Befriedung der "andern", das machen Falschspieler.

Mit Angela Merkel kam die Meta-Ebene der Relativierung, das Verbotsschild verschwand. Relativismus in der Physik, wo es um die reale Welt geht, ist ein Kinderspiel, verglichen mit den Spielräumen, die Relativierung im Reich der Werte und Normen öffnet. Führung darf alles, steht da in machtvollen Lettern, die nur die Machthungrigen lesen können. Merkels Relativismus der Erkenntnisse und Werte ist eine spezielle Variante von Hypermoral, die den Mächtigen besondere Lizenzen öffnet. Was wir wissen und bewerten, so Merkels ethischer Relativismus, gilt nie absolut.

Es hängt ab von den Meinungen, die umlaufen, von den Zielen, die sie verfolgt, von der Verwendbarkeit der Menschen, die, anders als die Machthaberin selbst, in Wertekonflikten gefangen und dennoch für sie unentbehrlich sind. Die unerledigte Auseinandersetzung zwischen großen Teilen der CDU und Angela Merkel gilt diesem Utilitarismus, der das gesamte Wertepotential je nach Bedarf wegschwemmt.

Mit Angela Merkel ist eine Frage auf die politische Tagesordnung gekommen, mit der die CDU einstweilen nur intuitiv, nervös und im Kern fassungslos umgeht: Es ist die Frage, ob der Wertekonsens, den alle bürgerlichen Parteien teilen, seine Gültigkeit verliert zugunsten situativer Unberechenbarkeit aller Akteure und Motive. Daß der Konflikt nicht ausgetragen wird, nicht jetzt, hat mit seinem grundsätzlichen Gewicht zu tun. Die Kanzlerin arbeitet daran, daß er sich von selbst erledigen werde, durch Gewöhnung an das neue, utilitaristische Wertekonzept.

Antipathos in höchster Perfektion

Angela Merkel hat das Konzept von der überparteilichen, übernationalen Kanzlerin entwickelt. Sie führt ihr Amt wie einen Gemischtwarenladen: Produkte, die nicht gehen, werden aus dem Angebot genommen. Produkte der Konkurrenz, die besser laufen, werden kopiert. Die Kanzlerin sieht sich als Anbieterin in einem Meinungsmarkt, wo die Kundengunst über den Marktwert der Ware entscheidet.

Was Politik anbietet, sind aber nicht Waren. Es sind Entwürfe für Lebensqualität, soziale Sicherheit und Entfaltungsrechte. In den Entwürfen der Parteien werden nicht einfach Kundenbedürfnisse erfüllt und Konsumversprechen abgeliefert. Politische Angebote in der Demokratie beziehen sich immer auf den Kanon von Zusagen, die unsere Verfassung den Bürgern macht. Dieser Kanon beginnt mit dem höchsten virtuellen Gut, das nie in Geldwerten taxiert werden darf: der Würde des Menschen.

Wer Normen und Werte einer demokratischen Gesellschaft zur Manövriermasse macht wie Angela Merkel, der arbeitet am Zerfall der Demokratie. Wer die Alarmzeichen dieses Politikstils abstellen möchte, spricht gern vom "moderierenden" Führungsstil der Kanzlerin. Sie moderiert den Wandel, der ohnehin abläuft, heißt es in solchen Entdramatisierungsgesprächen. Merkel sollte eher für einen softeren Verlauf der Abschiedsparty von dem Werteballast der bürgerlichen Mitte. Es gebe keinen Anlaß, diese Ernüchterungsprozesse der immer noch "wer-

tebesoffenen" Westler von gestern zu dämonisieren.

Man kann es mit dieser Lesart versuchen. Das System M ist Antipathos in höchster Perfektion. Die Kanzlerin als Chefin dieses Systems macht sich sogar die Mühe, den werteverliebten "ändern" regelmäßig mit zwei, drei Zitaten aus deren Wertebaukasten Entwarnung zu liefern: Ihr Atomausstieg war so ein Moment, für den ihr die Berater ein ganz persönliches "Hier stehe ich, ich kann nicht anders" aufgeschrieben hatten.

Antipathos als Therapie - ein Modell, mit dem sich gut argumentieren läßt: Werte kosten Opfer, wenn man sich bedingungslos an sie bindet, und sie verlangen Entscheidern Tempo ab. Ein schlagendes Gewissen, Verfassungswert für Parlamentarier, isoliert die wenigen von den vielen, die ihr Gewissen zum Schweigen gebracht haben. Wertemanagement à la Merkel ist ein Business für Erfolgreiche, die sich entschieden haben: Interessenlage schlägt Wertesystem. Immer.

Eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung

Die Karriere der Angela Merkel im Westen ist keine Einstiegs-, sondern eine Ausstiegsgeschichte. Auf leisen Sohlen verläßt die Kanzlerin unseren Grundwertekonsens. Da sie die Macht hat, ist das doch mehr als nur ein Moderationserfolg. Mit Angela Merkel kommt der Typus des Ego-Politikers auf die politische Bühne. Die seien doch alle mit einem Riesenego unterwegs, mag mancher jetzt sagen. Aber die Ego-Politikerin Merkel macht den Unterschied. Keiner ihrer Kollegen und Vorgänger hat das Tableau (Gemälde) seiner Themen so entschieden unter eine einzige Prämisse gestellt - den persönlichen Machtzuwachs - wie Angela Merkel. Keiner hat so zynisch die oppositionellen Lager ausgeräumt wie sie, keiner hat es zu einem Image gebracht, das die deutsche Kanzlerin begleitet: Alles ist möglich.

Nichts ist ausgeschlossen. Die Ego-Karriere rangiert in jedem Fall vor dem Wohl des Landes und vor Europa. Noch kein deutscher Staatschef hat so kompromißlos die Rangfolge seiner politischen Ziele immer wieder umgeworfen und neu sortiert - um den einen Mittelpunkt: das eigene Ich. Ein so egomanischer Politikstil läßt sich nur durchhalten, wenn er schwer lesbar bleibt. Die Kanzlerin der Volten hat ihr Publikum und ihre Entourage an unverhoffte Richtungswechsel gewöhnt. Keiner ihrer Mitarbeiter würde eine Wette wagen, wenn es darum geht, wo man die Kanzlerin morgen antrifft. Das System M ist nicht berechenbar. Die schwer lesbare Kanzlerin lebt tendenziell immer undercover. Ihr Ego-Projekt ist ihr Geheimnis.

Sie ist auch die erste Staatschefin in Deutschland, die bindungslos unterwegs ist. Ihr Konzept der situativen Entscheidungen geht von der Flüchtigkeit aller Versprechen und der hohen Verfallgeschwindigkeit aller Loyalitäten aus. Wer sich auf niemanden verlassen will, landet zwangsläufig bei sich selbst. Vielleicht sieht Angela Merkel es so: Sie hatte keine Wahl. In einer Welt, wo jeder jeden verrät, kann man nur auf Kosten aller ändern das eigene Glück suchen. Die Kanzlerin hat den Weg zur Zentralmacht in Europa mit schwer lesbaren Zeichen markiert.

Das System M etabliert eine leise Variante autoritärer Machtentfaltung, die Deutschland so noch nicht kannte. Die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts boten andere Erfahrungen, was den politischen Stil angeht - obwohl die Anklänge nicht zu leugnen sind: die Marginalisierung der Parteien, der Themenmix aus enteigneten Kernbotschaften anderer Lager in der Hand der Regentin; ihre Nonchalance im Umgang mit dem Parlament, mit Verfassungsgarantien, Rechtsnormen und ethischen Standards. Der Anspruch, das deutsche "Bremsystem", eine Mischung aus Präpotenz und Symbolpolitik, zum Durchgriff auf das Budgetrecht beliebig vieler europäischer Länder auszubauen, ist wieder eine von den geräuschlosen Sprengungen, die Umsturz als Regierungsprivileg durchsetzen.

Als Asket an allen Vorgaben vorbeiziehen

Der autoritäre Sozialismus, der im System M angelegt ist, nimmt eine Hürde nach der anderen, weil er auf Gewöhnung setzt. Der leiseste aller Übergänge bereitet sich vor ohne laute

Appelle. No commitment ist das Motto. Kein Bekenntnis zu Deutschland oder Europa, nur ein bißchen mehr statt weniger von beiden: eben ein deutsches Europa. Keine Leidenschaft, kein Credo, kein Bekenntnis. Sie alle lassen wir hinter uns in der Alten Welt. Kein mission statement, das die Größe des Projektes verrät. Es kommt "wie ein Dieb in der Nacht".

Welche Gruppierung kann noch opponieren mit Verweis auf ihre Identity? Wo Markenkern entwendet und neu kombiniert werden, kann auch die Partei, aus der die Täterin ihre Jagdflüge unternimmt, die CDU, nicht mehr auf Patentschutz für ihre Identität bestehen. Der Allparteienstaat hat lauter gesichtslose Parteien. Bald wird sich keine von ihnen mehr über Gesichtsverluste beklagen. Große Projekte gelten großen Visionen. Wer ein Geheimprojekt verfolgt, kann von seiner Vision nicht sprechen. Logische Folgerung: Er braucht keine.

Über Angela Merkels visionäres Profil wissen wir nichts. Sie arbeitet seit ihrem Auftreten an ihrer Flexibilität; wer sie auf eine Idee festlegen will, muß scheitern. Für sie hat sich die Abstinenz gegenüber Ideen und Visionen als Karriere-Treibsatz erwiesen.

Das Fazit: In Deutschland kann man seit der Einigung politisch an die Spitze rücken, wenn man als Asket an allen Vorgaben vorbeizieht, von denen sich die Mitspieler aus der alten Westwelt aufhalten lassen: Rechtsnormen und Verfassungswerte, Verträge und Wettbewerbsfreiheit, ethische Standards und moralischer Grundkonsens.

Gertrud Höhler war Literaturprofessorin und Beraterin Helmut Kohls, für dessen Kabinett sie lange als Ministeranwärterin galt. Der hier gedruckte Text ist ein Vorabdruck aus ihrem am 24. August im Orell Füssli Verlag erscheinenden Buch "Die Patin. Wie Angela Merkel Deutschland umbaut".<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>**Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch**

Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen. ...

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. ...

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foscaphoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik geforscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.

Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig

Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.

Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Si-

cherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger. ...

Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik

... Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.

Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern geschwätzweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen (Geringfügigkeiten), es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.

Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.

Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?

Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation

Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen.

...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 23. April 2014: >>Wer die Verfassungsrichter wählt

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ist mit 16 gewählten Richtern besetzt und besteht aus zwei Senaten mit je acht Richtern. Das Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat gewählt werden - im Bundestag entscheidet aber bisher nicht das Plenum, sondern ein unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagender Wahlausschuß von zwölf Abgeordneten. Diese Praxis hatte sogar einst der jetzige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, in einem Grundgesetzkommentar kritisiert: "Von nicht unerheblichen Teilen der Literatur wird diese Regelung zu Recht für verfassungswidrig gehalten."

Nach den Reformplänen der großen Koalition soll künftig der Ausschuß lediglich einen Richter vorschlagen und die Entscheidung dann vom Plenum des Parlaments getroffen werden. Um die Kandidaten nicht durch parteipolitisch motivierte Debatten zu schädigen, soll auf eine Aussprache im Bundestag verzichtet werden. Mit der Reform wollen SPD und CDU dem Vorwurf begegnen, daß die höchsten Richter in einer Art Geheimgremium ausgekungelt würden.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Dezember 2014 (x892/...): >>Volksfrontregierung: Ja - Pegida: Nein!

Die Stacheldrahtfraktion im Deutschen Bundestag und die revolutionären Gesellschaftszerstörer mit dem Titel "Bündnis 90/Die Grünen" lehnen jeden Dialog mit Pegida, der "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" ab. Der kämpferische, bekennende Homosexuelle und innenpolitische Sprecher der "Grünen" Volker Beck, sagte zu Äußerungen von Innenminister De Maizière, man müsse die Sorgen der Bürger die an den Protesten von Pegida teilnehmen, ernstnehmen: "Für Ressentiments kann es kein Verständnis geben". Die Kommunistin Ulla Jelpke sagte in einem Gefühlsausbruch (der üblichen Äußerungsform von Linken aller Parteien), es sei "erschreckend", daß Unionspolitiker die Wut von Pegida-Anhängern ernst nehmen. Daß SPD und "Grüne" Kommunisten in einer Volksfrontregierung zur Macht verhelfen, ist völlig in Ordnung.

Demokraten, Bürger, die zum Teil bereits unter den Kommunisten unter brutaler Unterdrückung, Mauern und Schießbefehl gelitten haben, machen sich Sorgen um die Vernichtung der Strukturen unseres Gemeinwesens durch eine sozialistische Politik von CDU, CSU, SPD, GRÜNEN, LINKEN, die Ausländer aus allen Ländern der Welt - bevorzugt aus islamischen Ländern - anlockt. Und eine offene Debatte wird, wie schon zu Zeiten der kommunistischen Diktatur, mit der Antifaschismus-Keule erledigt: Alles Rechte, Nazis, Rechtsradikale, Rechtspopulisten! ... So wird in Deutschland jede Auseinandersetzung über Themen, die den Herrschenden nicht passen, unterdrückt.

Weil dies auch beim Volk verstanden wird, geht die Hälfte der Bürger erst gar nicht erst zur Wahl. Für sie gibt es nichts zu wählen. Und wenn dann eine Partei entsteht, die sich zumindest ansatzweise von der totalen Abgehobenheit, Arroganz und Ignoranz der herrschenden Bonzen unterscheidet und einige Themen aufgreift, kommt wieder die Antifa-Keule zum Einsatz: wer auch nur mit der AfD reden will, wird fast wie ein Verbrecher behandelt. Koalitionen mit Kommunisten, die allein in Deutschland für den Tod hunderter Menschen verantwortlich sind, sind kein Problem.

Die Demokratie in Deutschland ist am Ende. Wer dies öffentlich behauptet, wird dafür sofort die Bestätigung erhalten. Wir vom Civitas Institut haben sie bereits bekommen.

Wir können uns bisher noch kein klares Bild der Pegida-Bewegung machen und deshalb keine abschließende Stellungnahme dazu abgeben. Die Forderungen der Bewegung sind aber durchwegs nachvollziehbar und berechtigt, und die Gefahren - insbesondere die Versuche der Herrschenden unter Leitung der Linksfrente (Grüne-SPD-Linke) - die abendländische Kultur zu zerstören - sind ganz offensichtlich und nicht übersehbar.

Allerdings gibt es gefährlichere Entwicklungen als die "Islamisierung", vor allem die von den "Grünen" und ihren Handlangern in allen Parteien mit brutaler Gewalt durchgesetzte Gender-Ideologie. Und die Gefahr der Islamisierung hat ihren Grund in der Schwäche der katholischen Kirche, überhaupt in der Schwäche des Christentums. Die gesamte Geschichte seit Entstehung des Islams beweist: Wenn die Kirche schwach war - wodurch auch immer - breitete sich der Islam in Europa aus. Deshalb gibt es nur ein "Rezept" gegen die Islamisierung Europas: Die Rückkehr Europas zu einem echten katholischen Christentum (und nicht das, was heutige Bischöfe und "Theologen" dafür halten, die wesentlichen Anteil an der Ausbreitung des Islams in Europa haben).<<